

# Luzerner Tagblatt

**5 und 7 Jahre Zuchthaus für Jura-Attentäter gefordert 3**  
**Wiltrud Drexel wieder Abfahrtsiegerin 11**  
**Zeugeneinvernahme im «Hexenprozeß» 17**

## De Gaulles proarabische Nahost-Politik

Hartnäckiges Drängen auf Viermächteberatungen

Paris, 15. Jan. ag. (AFP) Nach der Sitzung des französischen Ministerrates vom Mittwoch gab der Sprecher der Regierung, Le Theule, bekannt, man wünsche in Paris eine baldige Zusammenkunft der Vertreter der vier Großmächte über den Nahen Osten, «um allgemein über die Anwendung der Resolution des Sicherheitsrates und namentlich über den sowjetischen Plan und die Antworten zu beraten». Es sei nicht ausgeschlossen, daß schon in den nächsten Tagen eine solche Zusammenkunft bei der Uno organisiert werden könne.

### Frankreichs «Hilfen» für den Libanon

(UPI) Theule erklärte nach der Beratung, das von de Gaulle gegen Israel verhängte Waffenembargo, das auf scharfe Kritik auch in der französischen Öffentlichkeit gestoßen ist, habe dem Libanon «geholfen». Theule verteidigte auch die Entsendung des ehemaligen Informationsminister Gorse als persönlicher Emissär de Gaulles nach Beirut.

Gorse's Libanon-Mission hatte Aufsehen erregt, nachdem die Beirutische Zeitung «Al Anouar» erfahren haben will,

Frankreich habe dem Libanon Unterstützung zugesagt. Daran knüpfen sich Spekulationen, de Gaulle könnte auch an französische Truppenhilfe für den Libanon im Falle neuer israelischer Aktionen gegen Libanon denken. Am Mittwoch wurde diese Meinung aber von einem libanesischen Regierungssprecher demontiert. In Paris hieß es, eine französische Intervention im Nahen Osten ohne Koordination mit den anderen Großmächten sei kaum vorstellbar.

Die französische Presse boykottierte die Pressekonferenz im Anschluß an die Ministerratssitzung. Sie protestierte damit gegen eine frühere Behauptung Theules, die Presse Frankreichs stünde «weitgehend unter dem Einfluß Israels».

### Britische Lieferungen für Libyen

(R) Großbritannien wird der libyschen Armee militärisches Material liefern. Eine britische Delegation unter Leitung des Staatsministers für Verteidigung, John Morris, führte in Tripoli Verhandlungen mit einer libyschen Abordnung.

## Hindernisse

### einer nordischen Wirtschaftsunion

(DPA) Die Bildung der geplanten nordischen Wirtschaftsunion stößt noch auf erhebliche Schwierigkeiten. Das geht aus einem Gutachten hervor, das von Ministerialbeamten der vier beteiligten Länder Dänemark, Schweden, Norwegen und Finnland ausgearbeitet worden ist. Den Verfassern des Gutachtens war unter anderem die Richtlinie gegeben worden, daß eine nordische Wirtschaftsunion so konzipiert sein müsse, daß sie die Teilnahme der nordischen Länder an einer erweiterten EWG oder die Zusammenarbeit mit ihr erleichtert. Das 130seitige Gutachten empfiehlt eine «pragmatische Handhabung» der ökonomisch-politischen Zusammenarbeit unter den teilnehmenden Ländern bei gradueller Freigabe des Kapitalverkehrs, Koordinierung der Handelspolitik, technologischen Austausch sowie einer Harmonisierung der Handels-, Wirtschafts- und Steuergesetzgebung auf vielen Gebieten.

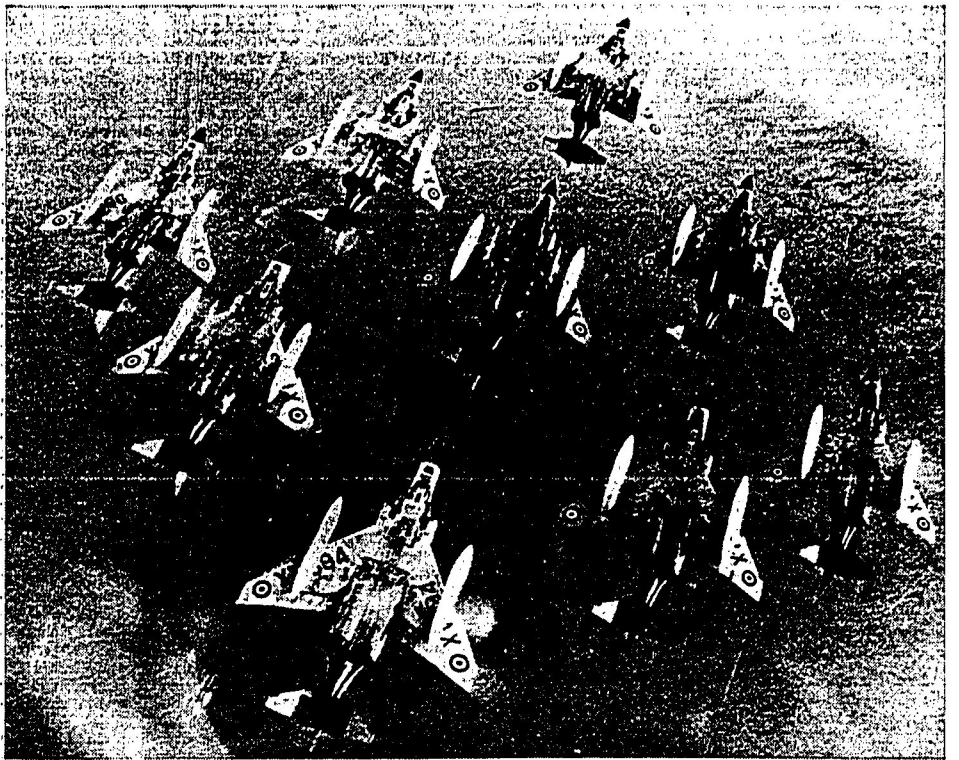
Das Kernstück, das eine solche Zusammenarbeit erst zu einer Wirtschaftsunion machen würde, ist nach Ansicht der Gutachter ein gemeinsamer nordischer Außenzolltarif. Dieser Außenzoll soll zu einer wettbewerbsfähigen und differenzierten Industrie führen, die sich in einem integrierten Europa und auf dem Weltmarkt behaupten kann. Das Gutachten zeigt jedoch, daß über die Schaffung eines solchen Außenzolls noch keineswegs Einigkeit besteht. Dänemark und Norwegen wollen nicht ohne weiteres auf die Zollfreiheit für

Rohstoffe verzichten, so daß diese Frage höchstens auf Regierungsebene gelöst werden kann. Auch über die Zolltarife für so wichtige Waren wie Chemikalien, Bekleidung, Schuhwaren, Glas, Haushaltsmaschinen und Autos bestehen noch erhebliche Differenzen.

In der Agrarpolitik bestehen ebenfalls Meinungsunterschiede. Sie soll nach Ansicht der Gutachter mit den Richtlinien für die Marktordnungen der EWG harmonisieren, wobei betont wird, daß es sich nur um eine langfristige und nur stufenweise realisierbare Aufgabe handelt. Empfohlen werden zunächst «Präferenzarrangements», wonach die Mitgliedsländer eine «effektive Vorzugsstellung» in der Belieferung des nordischen Marktes mit Agrarprodukten erhalten sollen. Damit sind die Dänen nicht einverstanden. Sie fordern eine gemeinsame nordische Agrarpolitik mit weitgehender Liberalisierung des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen.

Es wird außerdem nicht leicht sein, in der Fischereipolitik zu einer gemeinsamen Konzeption zu kommen. Schließlich bestehen noch grundsätzliche Unterschiede in der Auffassung über die gemeinsamen Institutionen einer nordischen Wirtschaftsunion. Schweden, Norwegen und Finnland wünschen nur eine lose Organisationsform, während Dänemark eine weit straffere Ordnung empfiehlt, wie sie etwa in der EWG besteht. Das Gutachten wird den nordischen Ministerpräsidenten bei ihren Konferenzen am 18. Januar in Harpsund in Schweden sowie am 1. und 2. Februar in Stockholm als Grundlage für ihre Beratungen dienen.

## Heute Autoseite



## Britannien: Luftmacht statt Seemacht

Großbritannien, das seine einst stolze Kriegsflotte sukzessive verschrottet und Militärmacht nur noch westlich von Suez sein will, baut eine imposante Flugwaffe auf. Es hat in den USA über 100 Phantom Mark-3 bestellt, von denen die ersten Geschwader bereits geliefert worden sind. Unser Bild zeigt das erste Phantom-Geschwader an Albions Himmel. Keystone

## Johnsons letzter Rechenschaftsbericht

Blick auf das in fünfjähriger Amtszeit Geleistete und auf die der Lösung harrenden Probleme

Washington, 15. Jan. ag. (DPA) In seiner letzten «Botschaft über die Lage der Union» hat Präsident Johnson in der Nacht zum Mittwoch die Aussichten für Frieden in Vietnam als größer denn je zuvor bezeichnet. Fünf Tage vor der Amtseinführung seines Nachfolgers unterstrich der Präsident vor dem Kongreß, daß das amerikanische Engagement für die nichtkommunistischen Nationen in Asien nicht mehr in Zweifel gezogen werden könne.

In seiner kaum von dramatischen oder neuen Akzenten gezeichneten Botschaft erklärte der Präsident, zur Vietnamfrage: «Bevor eine Lösung (in Vietnam) erreicht sein wird, können harte Kämpfe vor uns liegen, aber sie wird den Kommunisten keinen Sieg überlassen.»

Besonderes Gewicht legte Johnson ferner auf einen Ausgleich mit der Sowjetunion. Er verurteilte einerseits die «brutale Invasion» der Sowjets in der Tschechoslowakei, äußerte jedoch gleichzeitig die Hoffnung, daß die Sowjetunion die individuelle Freiheit künftig weniger fürchte.

Johnson forderte dazu auf, die besondere Rolle Westeuropas in der amerikanischen Politik zu beachten. Der einzige Kurs, auf dem Europa seine Rolle in der Welt spielen könne, sei jedoch der Weg der Einheit. Johnson erklärte: «Amerika bleibt bereit, mit einem vereinigten Europa zusammenzuarbeiten — als ein Partner auf der Basis der Gleichheit.»

Die Situation im Nahen Osten streifte Johnson nur kurz. Er erneuerte die amerikanische Position, daß eine Lösung der Krise auf der Grundlage

der Resolution des Uno-Sicherheitsrates vom 22. November 1967 gefunden werden müsse. Die bewaffneten Feindseligkeiten in diesem Gebiet müßten um jeden Preis aufhören. Sie seien nicht nur eine Bedrohung Israels und der arabischen Staaten, sondern der ganzen Welt. Neben seinem Appell für die Unterzeichnung des Atomsperrvertrages und die Aufnahme von Gesprächen mit Moskau über die Begrenzung des Raketenwettbewerbs setzte sich Johnson vor allem für verstärkte Hilfe an die Entwicklungsländer ein. Er bedauerte, daß das amerikanische Auslandshilfeprogramm vom amerikanischen Kongreß auf die Hälfte zusammengestrichen worden war.

In einem Rückblick auf seine fünf Jahre Amtszeit im Weißen Haus wies Johnson mit Stolz auf das auf sozialem Gebiet Erreichte hin. Die Amerikaner haben nach seiner Ansicht jedoch gerade auf diesem Gebiet noch viele Verpflichtungen zu erfüllen. «Diese Verpflichtungen zu brechen, würde eine Tragödie für unser Land sein», sagte Johnson. Er wies vor allem auf die Erfolge bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und bei der Verbesserung der Sozialfürsorge hin.

Auf wirtschaftlichem Gebiet hob der Präsident die Erfolge bei der Bekämpfung des Defizits im Budget und in der Zahlungsbilanz hervor. Der Haushalt 1969/70 werde voraussichtlich einen Ueberschuß von 3,4 Milliarden Dollar erbringen. Sorge bereite allerdings die Entwicklung der Handelsbilanz, deren Ueberschuß immer geringer werde.

Johnson brach erstmals sein langes Schweigen über das «heiße innenpolitische Eisen» des zehnpromzentigen Auf-

schlags auf die Einkommens- und Körperschaftsteuer. Zur Bekämpfung der Inflation sei es erforderlich, diese zusätzliche Belastung auch nach dem 30. Juni 1969 beizubehalten.

### Auch Nixon für Beibehaltung des Steuerzuschlages

Der künftige amerikanische Präsident Richard Nixon hat sich mit der von seinem Vorgänger vorgeschlagenen vorläufigen Beibehaltung des zehnpromzentigen Aufschlags auf die Einkommens- und Körperschaftsteuer einverstanden erklärt. Nixon, der im Wahlkampf diese erhöhten Abgaben als «Kriegssteuer» kritisiert und ihre Abschaffung nach dem 30. Juni gefordert hatte, erklärte in einer Stellungnahme zur Johnson-Botschaft vor dem Kongreß: «Bis die neue Regierung und der neue Kongreß sicher sind, daß die Tatsachen eine Senkung oder Abschaffung erlauben, werde ich den Vorschlag Präsident Johnsons auf eine Beibehaltung dieser Steuer unterstützen.»

### Johnsons «größte Enttäuschung»

(UPI) Johnson hat die Weigerung des Kongresses, strengere Waffengesetze zu beschließen, als die «größte Enttäuschung» während seiner Amtszeit bezeichnet. Der Kongreß hatte ein vom Präsidenten vorgelegtes Gesetz nur in verwässerter Form verabschiedet. Johnson hatte die Vorlage eingebracht, nachdem innerhalb weniger Wochen Luther King und Senator Robert Kennedy erschossen worden waren. Johnson ermahnte den Kongreß, ein strengeres Waffengesetz zu verabschieden, dies werde der Bekämpfung von Verbrechen in den USA dienen.

## Zweites «Sojus»-Raumschiff gestartet

Drei Kosmonauten an Bord von «Sojus 5» — Koppelungs- und Umsteigemanöver zwischen den beiden die Erde umkreisenden sowjetischen Weltraumkapseln vorgesehen

Moskau, 15. Jan. ag. (AFP) Einen Tag nach dem Start des sowjetischen Raumschiffes «Sojus 4» mit dem Kosmonauten Oberstleutnant Wladimir Schatalow an Bord ist am Mittwoch um 10.14 Uhr Moskauer Zeit (8.14 Uhr Schweizer Zeit) ein zweites Raumschiff der «Sojus»-Serie, «Sojus 5», abgefeuert worden. In der Kapsel befinden sich drei Kosmonauten, nämlich der 34-jährige Bordkommandant Oberstleutnant Boris Wolynow, der 34-jährige Ingenieur Alexej Jelissejew und der 33-jährige Ingenieur Oberstleutnant Jewgeni Chronow.

Die beiden Raumschiffe sollen Annäherungs- und Koppelungsmanöver durchführen. Wenn alles programmgemäß verläuft, werden die drei Kosmonauten der «Sojus 5» in den nächsten Tagen sogar ihre Kapsel verlassen und in die «Sojus 4» umsteigen. Für Milt-

woch sei jedoch noch keine sensationelle Operation vorgesehen.

Eine Stunde nach dem Abschluß brachte das sowjetische Fernsehen Bilder vom Start und den Vorbereitungen. «Sojus 5» wurde später auf die vorgesehene Umlaufbahn gebracht. Sie umkreist die Erde in 88,7 Minuten in einer Distanz von 200 bis 230 Kilometern.

Radio Moskau meldete später, daß Bordkommandant Wolynow eine Verbindung mit der Erde und mit dem «Sojus 4»-Kosmonauten Schatalow hergestellt habe. Wolynow teilte mit, daß er und die beiden anderen Kosmonauten an Bord der «Sojus 5» sich wohl fühlten und daß der Druck und die Temperatur in der Kabine normal seien.

Es ist das zweitemal in der Geschichte der sowjetischen Weltraumforschung, daß mehrere Piloten in der gleichen Kapsel in den Weltraum beför-

dert wurden. Am 12. Oktober 1964 waren Komarow, Jegorow und Feoktistow mit der ersten «Woschod» zum ersten Raumflug zu dritt gestartet.

Der Kommandant von «Sojus 4», Schatalow, hat am Mittwochmorgen seine Arbeit wieder aufgenommen. Er unternahm mit der Handsteuerung ein Wendemanöver, um die Kapsel auf die Sonne hin zu orientieren und die chemischen Stromquellen aufzuladen. Schatalow konnte um 8.14 Uhr beobachten, wie «Sojus 5» mit dem Zünden der letzten Raketenstufe in die Erdumlaufbahn eintrat.

Das sowjetische Fernsehen zeigte Einzelheiten aus dem Innenraum von «Sojus 5». Diese besteht aus drei Teilen, die voneinander getrennt werden können. Der hintere Teil mit den flüchtig ausgefahrenen Sonnenzellen ist das Aggregat. Der mittlere Teil besteht aus einer Halbkugel mit einem Sessel